



# Baselbiet will Abgewiesene nicht noch belohnen

Der Kanton Bern zahlt zusätzlich, damit Asylbewerber freiwillig ausreisen – für Baselland ist das kein Thema

Von Daniel Ballmer

**Liestal/Bern.** «Es kann nicht sein, dass zusätzlich zum Bund noch kantonale Rückkehrhilfegelder bezahlt werden, damit weggewiesene Asyl suchende Personen die Schweiz verlassen», sagt Hanspeter Spaar. Der Leiter des Baselbieter Amtes für Migration stellt unmissverständlich klar, dass er wenig davon hält, die finanzielle Rückkehrhilfe des Bundes für abgewiesene Asylbewerber zusätzlich noch aufzustocken. Diese Praxis wendet nun der Kanton Bern an.

Wehren sich Personen gegen den negativen Asylentscheid, können sie die Nothilfe- und Fürsorgestrukturen massiv belasten. Ausschaffungen sind zudem teuer und scheitern in fast der Hälfte der Fälle, weil die Herkunftsländer nicht kooperieren. Wo Zwang nichts bringt, kann Geld zur Lösung führen: Mit der finanziellen Rückkehrhilfe, die der Bund gewährt, steigt oft die Motivation, doch noch zu kooperieren.

Laut dem Bundesamt für Migration (BFM) bietet die Rückkehrhilfe erhebliches Sparpotenzial. Die geschätzten

jährlichen Kosten für 100 Fürsorgefälle belaufen sich auf rund 3,1 Millionen Franken. Die selbstständige Ausreise mit Rückkehrhilfe schlägt dagegen einmalig mit 915 000 Franken zu Buche.

Der Kanton Bern geht daher einen eigenen Weg: Er stockte die Rückkehrhilfe des Bundes in bisher 367 Fällen auf und gab dafür inklusive Beratung eine halbe Million Franken aus. Der Bund subventioniert die kantonalen Beratungsstellen mit 600 Franken pro Fall. Das sei zwar nicht kostendeckend, aber doch günstiger, als wenn die Leute hier bleiben würden, werden die Kantonsbehörden in der «Berner Zeitung» zitiert. Dennoch machen bisher nur wenige Asylbewerber davon Gebrauch. Daher baut Bern das Angebot nun gezielt aus.

Für den Baselbieter Migrationsamtsleiter Spaar sind zusätzliche Gelder kein Thema: «Solche kantonalen Zahlungen entsprechen weder der gängigen Gesetzgebung, noch haben wir dafür im Kanton Baselland ein Budget.» Ursprünglich sei die Rückkehrhilfe des Bundes eingeführt worden, um abgewiesenen Asylbewerbern die Reintegra-

tion in der Heimat zu erleichtern. Dass der Kanton Bern mit zusätzlichen Geldern einen Anreiz zu schaffen versucht, bezeichnet Spaar als «höchst unorthodox» und als «Symptombekämpfung».

## Bund muss Problem selber lösen

Für Hanspeter Spaar ist klar: Es sei der Bund, der sein Vollzugsproblem lösen und die teilweise schwierige Kooperation mit Herkunftsstaaten verbessern müsse. Es sei nicht Sache der Kantone, abgewiesene Asylbewerber zur Ausreise zu bewegen. «Auf diese Weise könnten finanzstarke Kantone zudem bevorteilt werden», sagt Spaar. Allerdings zweifelt der Leiter des Baselbieter Amtes für Migration daran, dass wegen zusätzlicher Zahlungen viel mehr abgewiesene Asylbewerber freiwillig aus der Schweiz ausreisen würden. Im Gegenteil sei vor allem auch ein Nachahmereffekt zu befürchten. «Dass die freiwillige Ausreise abgewiesener Asylbewerber künftig einfach ihren Preis haben könnte, würde von der Bevölkerung wohl auch nicht goutiert», vermutet Spaar.